

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 14 (1922)
Heft: 2

Artikel: Opposition und Disziplin in den Gewerkschaften
Autor: Weber, Alois / Dürr, Karl
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-351652>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

von Jugendlichen zur Arbeit in den Kohlenbunkern und Heizräumen fest, und der andere Entwurf betrifft die obligatorische ärztliche Untersuchung der an Bord von Schiffen beschäftigten Kinder und Jugendlichen.

Die Motion Schürch zur Arbeitslosigkeit.

Wie vorausszusehen war, rief diese Motion eine grosse Debatte hervor. Schon in der Kommission der Anträge vertraten die Unternehmer die Ansicht, das Internationale Arbeitsamt sei in dieser Frage nicht kompetent. Die Motion wurde einer Unterkommission übertragen, bestehend aus *Wissel* (Deutschland), *Arbeiter*, *Sokal* (Polen), Regierungsvertreter, und *Hodacz* (Tschechoslowakei), Unternehmer. Da in dieser Kommission keine Verständigung erreicht wurde, legte sie zwei Berichte vor. Unser Freund *Wissel* und Herr *Sokal* empfahlen die Annahme der Motion, während der Unternehmervertreter Ablehnung beantragte. Die Kommission der Anträge einigte sich schliesslich dahin, die Motion sei der Konferenz zur Annahme zu empfehlen. Dort begegnete sie neuem Widerstand, aber auch wärmster Befürwortung durch die Arbeitervertreter, besonders von *Jouhaux* (Frankreich) und *Poulton* (England), und wurde endlich angenommen. Diese Motion bezweckt die Veranstaltung einer ausgedehnten Enquete über die gegenwärtige Krise und Arbeitslosigkeit und die zu ihrer Bekämpfung geeigneten Massnahmen. Diese Mittel können nur international sein, wie die Krise selber ist. Alle Staaten müssen dabei mithelfen, weder Deutschland noch Russland dürfen beiseitegelassen werden, wenn man eine Weltwirtschaft wiederherstellen will, die imstande ist, die Menschheit aus einer Katastrophe zu retten, wie sie die Geschichte bisher nicht gekannt hat.

Motion Baldesi über die Verteilung der Rohstoffe.

Diese Motion war von Genossen *Baldesi* schon in Washington ohne Erfolg gestellt worden. Er hatte in dieser Session mehr Glück. Durch seine Ausdauer gelang es ihm diesmal, die Hartnäckigkeit der Bürgerlichen zu überwinden. Die nächste Konferenz wird also den Bericht behandeln, den das Bureau über diese Frage zu erstatten hat.

Motion Schürch und Genossen betr. die Abschaffung der Nacharbeit in den Bäckereien.

Die Motion wurde von den Regierungsvertretern von Deutschland, Spanien, Holland, Polen, Schweden und von Genossen *Mertens* (Belgien) unterstützt. Der Verwaltungsrat wurde beauftragt, die Frage zu prüfen und sie auf die Tagesordnung einer der nächsten Konferenzen zu setzen.

Die schweizer Regierungsvertreter, ebenfalls dazu eingeladen, unterzeichneten die Motion nicht.

Schlussfolgerungen.

Das Ergebnis der Konferenz resümiert sich wie folgt: 7 Uebereinkommen, 8 Empfehlungen und 8 Motionen und Resolutionen wurden angenommen. Ueberdies wurde eine Reihe anderer weniger wichtiger Fragen zur Prüfung dem Internationalen Arbeitsamt oder dem Verwaltungsrat überwiesen. Darunter die Zulassung der deutschen Sprache als offizielle Sprache; eine Motion, die der Berichterstatter unterstützte.

Es ist nun Sache der Arbeiterorganisationen eines jeden Landes, sich jetzt schon an die Arbeit zu machen, um diesen Beschlüssen zur Annahme zu verhelfen, wenn sie ihren Parlamenten zur Ratifikation vorgelegt werden.

Im ganzen genommen führte diese Konferenz nicht zu jenem Triumph der bürgerlichen Reaktion, wie er in dieser Zeit der wirtschaftlichen Depression befürchtet wurde. Wenn die Situation für uns nicht so günstig war wie in Washington, so gelang es den Unternehmervertretern doch nie, die Konferenz zu beherrschen.

Wir müssen aber mehr verlangen. Die Beschlüsse der Konferenz müssen für alle der Internationalen Arbeitsorganisation angeschlossenen Länder obligatorisch werden. Auf dieses Ziel hin müssen wir unsere Kräfte richten. Der Friedensvertrag muss in diesem Sinne revidiert werden. Es war dies die Ansicht aller an der Konferenz anwesenden Arbeitervertreter.

Die Arbeitskonferenzen sind auch ein Mittel, die internationalen Verbindungen der Arbeiterschaft zu stärken. Sie schaffen Gelegenheit zum Ideenaustausch zwischen Genossen, die ein gemeinsames Ideal zusammenführt. Noch nie haben wir Arbeitervertreter der verschiedensten Nationen in so grosser Zahl versammelt gesehen, nicht einmal an internationalen Kongressen. Das gute Einvernehmen, das in der Arbeitergruppe herrschte, gibt zu den besten Hoffnungen Anlass.

Ich fühle mich auch verpflichtet zu betonen, dass das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes die Anerkennung der Arbeitervertreter verdient für seine Anstrengungen zur Aufrechterhaltung des Kontaktes in der Arbeitergruppe während der ganzen Dauer der Konferenz.

Die Organisation der Konferenz war ausgezeichnet und verdient vollauf das einstimmige Lob, das die Delegierten dem Direktor und seinen Mitarbeitern spendeten.



Opposition und Disziplin in den Gewerkschaften.

Alois Weber, Basel.

Die durch den Krieg und die Krise herbeigeführte Zerstörung des Wirtschaftslebens drückt die wirtschaftliche Lage des Proletariats in allen Ländern immer tiefer hinunter. Dieses geht einer vollständigen Verelendung entgegen. Es ist klar, dass unter solchen Verhältnissen der Meinungsstreit über Aufgaben, Kampfmittel und -taktik in den Gewerkschaften gegenüber sogenannten ruhigen Zeiten gesteigert werden muss. Je stärker der Schuh drückt, desto stärker wird das Bestreben, denselben sobald als möglich loszuwerden.

Wie das erreicht werden kann, darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Das ist sehr erklärlich, es wäre zum Verwundern, wenn das nicht der Fall wäre. Jahrzehntlang wurden die Aufgaben der Gewerkschaften lediglich nur in der Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse gesehen. Den Arbeitern innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft zu einem besseren Dasein zu verhelfen, war der Inhalt der Gewerkschaftsbewegung. Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft und Ersetzung derselben durch die sozialistische, davon wurde sehr selten einmal gesprochen. Letzteres wurde in totaler Verkenennung des Klassenkampfes als die alleinige Aufgabe der politischen Arbeiterbewegung angesehen.

Mit der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Proletariats steht es aber gegenwärtig schlimmer als je. Im Gegenteil, das Unternehmertum ist seit längerer Zeit nach einem *einheitlichen, wohlgedachten* Plane dazu übergegangen, der Arbeiterschaft wieder zu entreissen, was sich dieselbe in den letzten Jahren errungen hat. Darüber viele Worte zu verlieren, wird kaum notwendig sein. Dass diesem *einheitlichen* Handeln der Unternehmer der Widerstand der einzelnen Gewerkschaftsverbände nicht gewachsen ist, ist bereits für mehrere derselben erwiesen. Und andere, bei denen bis jetzt noch verhältnismässig günstige Umstände den Lohnabbau und die Verlängerung der Arbeitszeit verhindert haben, werden an die Reihe kommen. Nur ein Blinder kann daran zweifeln.

Ist es da zu verwundern, wenn Rufe laut werden nach Anwendung anderer Kampfmittel und -methoden, nach anderen Kampfzielen? Ist es zu verwundern, wenn eine der veränderten Situation angepasste Neuorientierung der Gewerkschaftsbewegung gefordert wird? *Womit natürlich nicht gesagt sein soll, dass alles Bisherige über Bord geworfen werden soll.* Zu verwundern und zum Ver zweifeln an dem Klassenbewusstsein der Arbeiterschaft wäre es, wenn das nicht der Fall wäre.

Es ist kein Geheimnis, dass die Mehrheit der Gewerkschaftsführer, auch bei uns in der Schweiz, diesen *veränderten Umständen nicht Rechnung tragen*. Wurde es doch schon offen ausgesprochen, dass man die Besserung der Konjunktur abwarten müsse, um dann die jetzt verlorengehenden Positionen wieder zu erobern. Ob eine solche Besserung jemals eintreten werde, und wann, wie sich bis dahin die Lage des Proletariats gestalten werde, wie lange es dann dauern kann, bis das Verlorne wieder erobert ist und welche Opfer es dazu erfordert, darüber denkt man gar nicht nach.

In der letzten Sitzung des Gewerkschaftsausschusses wurde von einem Genossen auf die in den letzten Jahren vom Kapitalismus angesammelten Milliarden hingewiesen und darin der Beweis gesehen, dass der Kapitalismus noch sehr lebensfähig und noch lange nicht dem Untergange nahe sei. Lebensfähig natürlich, *aber nur auf Kosten des Proletariats, nur durch das Mittel der Verelendung desselben.* Gerade die angesammelten Milliarden sind die Ursache der Krise, denn sie sind der Kaufkraft der breiten Volksmasse entzogen und verhindern dieselben daran, die vorhandenen Produkte kaufen zu können. Daran ändern die Valutaverhältnisse nichts, denn zwischen den verschiedenen Ländern besteht ungefähr das gleiche Verhältnis wie zwischen den verschiedenen Klassen in den einzelnen Ländern. Mag die Profitrate gegenüber früheren Jahren auch sinken, *die Masse der angesammelten Kapitalien zieht Mehrwert, Profit an, und je grösser diese ist, desto mehr Mehrwert oder Profit wird aus dem besitzlosen Volke herausgeschunden.* Und um so weniger ist dasselbe imstande, sich das kaufen zu können, was es selbst erstellt hat. Das ist es, was die Beseitigung dieser Krise verhindert, sie zu einer dauernden macht. Wer etwas anderes aus den Lehren von Marx herauslernen will, der mag sich dieselben nochmals näher ansehen.

Abwarten bis die Krise vorüber ist oder gemeinsamer Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft, um die Folgen des Krieges und der Krise mehr auf die letztere abzuwälzen, Einstellung der Propaganda und der Tätigkeit in den Gewerkschaften auf das gleiche Ziel wie vor dem Kriege oder auf die endgültige Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus und Ueberwindung desselben, das sind die Streitpunkte in der heutigen Gewerkschaftsbewegung. Das letztere ist das Ziel der Opposition in den Verbänden, auch in jenem der Metallarbeiter.

In der Gewerkschaftsbewegung müssen alle proletarischen Elemente Platz finden, vom zielbewussten sozialistischen Revolutionär bis zum erst zum Klassenbewusstsein erwachenden, noch stark von der bürgerlichen Ideologie beeinflussten Proletarier. Aber der gewerkschaftliche Kampf gegen den Kapitalismus darf darum nicht minder ein Klassenkampf sein, und diesen mit Erfolg führen zu können, muss er von bestimmten *sozialistischen Grundsätzen geleitet werden.* Dabei ist es natürlich unvermeidlich, dass da, wo mehrere sozialistische Richtungen oder Parteien vorhanden sind, die Angehörigen jeder derselben sich bemühen, ihren Ansichten zum Durchbruch zu verhelfen. Das ist das Recht, ja sogar die Pflicht derselben, sofern sie von der Richtigkeit ihrer Ansichten überzeugt sind.

Die Leitung der Gewerkschaften liegt nun zum grössten Teil in den Händen von Mitgliedern der schon

lange existierenden sozialdemokratischen Partei, und zwar des *rechten reformistischen* Flügels derselben. Mit dessen Ansichten sind aber der seit der Parteispaltung sehr geschwächte linke Flügel dieser Partei, noch weniger die kommunistischen Mitglieder in der Gewerkschaft, einverstanden. Das deshalb nicht, weil nach ihrer *Ueberzeugung* die Propaganda und der Kampf nicht so geführt werden, wie es im Interesse des Proletariats otwendig wäre.

Die Leitung der Verbände hat in diesem Streit den Vorteil für sich, dass sie die Presse sowie den ganzen Verwaltungsapparat besitzt und logischerweise diese Machtmittel benützt, die Mitglieder *nach ihrer Anschauung zu beeinflussen*, gegenteilige Bestrebungen zu bekämpfen. Wir möchten nicht darauf eintreten, auf welche Art und Weise das schon manchmal in einem Teil der Gewerkschaftspresse geschehen ist. Wer ehrlich sein will, muss zugeben, dass da mitunter schon zu Mitteln gegriffen wurde, wie sie von der kommunistischen Opposition noch nicht zur Anwendung gebracht wurden, und das schon lange bevor Fraktionen oder sogar eine kommunistische Partei bestanden hat. Aber auf ein anderes beliebtes Mittel einzelner Verbandsleitungen muss hingewiesen werden, nämlich das, durch geschickte Wahlkreisgeometrie und eigenmächtige Bestimmung der Delegierten zu Verbandstagen eine *ihrem Willen* entsprechende Zusammensetzung derselben zu erhalten, unbekümmert darum, ob dadurch der Wille der Mehrheit oder einer Minderheit der Mitglieder ihrer Stärke entsprechend zum Ausdruck kommt oder nicht. Dass der Zirkularweg an die einzelnen Sektionen ebenfalls ein beliebtes Mittel der Verbandsleitungen ist, auf diese in ihrem Sinne einzuwirken, ist klar. Dazu kommt noch, dass der überaus grösste Teil der Sekretäre und Verbandsangestellten ganz oder zu einem grossen Teil von den Verbandsleitungen abhängig sind und, sei es aus eigenem Willen, sei es aus Abhängigkeitsgefühl, im Sinne dieser in den Sektionen wirken. Da dieselben meist den Arbeitern, wenn auch nicht immer an Kenntnissen, so doch an Redegewandtheit überlegen sind, ist es letztern nicht immer möglich, ihre Ansichten zur Geltung zu bringen.

Diesen Mitteln einer Verbandsleitung gegenüber steht die Opposition ebenso benachteiligt da wie eine oppositionelle gegen eine herrschende Klasse in der Gesellschaft, wenn es sich bei der erstern auch nicht um gegensätzliche Interessen handelt.

Der Opposition steht aber das *gleiche Recht* zu, für ihre Anschauung zu wirken, zu versuchen, derselben zum Durchbruch zu verhelfen, die Bewegung in ihrem Sinne zu beeinflussen, wie einer Verbandsleitung.

Was ist nun natürlicher, als dass die Opposition sich nach Mitteln umsieht, Einfluss auf die Bewegung zu erhalten, der mitunter skrupellosen Anwendung der Verbandspresse und des Apparates gegen sich wirksamer entgegentreten zu können. Man muss schon auf dem Boden stehen, was der reformistischen sozialistischen Richtung in der Gewerkschaftsbewegung erlaubt ist, sei der kommunistischen Opposition verboten, wenn man das verurteilen will. Oder auf dem grundsatzlosen Standpunkt, dass der gewerkschaftliche Klassenkampf mit der Politik gar nichts zu tun hat. Ein solcher gewerkschaftlicher Klassenkampf — wenn dieser Ausdruck noch angebracht ist — ohne sozialistische Grundsätze ist ein Schiff ohne Kompass, ohne einen sichern Kurs. Wer das bestreiten will, muss die ganze Marxistische Theorie in die Rumpelkammer werfen, was ja auch sehr häufig geschieht.

Die Verschiedenheit der sozialistischen Grundsätze von heute, noch mehr das vollständige Ausserachtlassen derselben, bedingt auch eine Verschiedenheit der Auffassungen über die heutigen Aufgaben usw. in der Gewerkschaftsbewegung. Mit welchem Recht will man da der

kommunistischen Opposition verbieten, sich über wichtige Fragen in der Gewerkschaftsbewegung erst zu verständigen, dieselben von ihren Grundsätzen aus unter sich zu beraten, bevor sie in die Versammlung gehen? Und wenn der Verbandsleitung das Recht zusteht, auf die Sektionen und Mitglieder in ihrem Sinne einzuwirken, wie kann man das gleiche Recht den oppositionellen Sektionen und Gruppen verwehren? Mit dem «Recht», jede andere Meinung zu unterdrücken, zum Schaden der Arbeiterschaft. Eine solche Handlung lässt sich um so weniger rechtfertigen, als nur bodenlose Naivität oder Skrupellosigkeit bestreiten können, dass in einigen Verbänden und auch Sektionen schon lange bevor eine kommunistische Partei oder Gewerkschaftsfaktionen derselben bestanden, *hinter den Kulissen* gegen oppositionelle Elemente in der Gewerkschaftsbewegung gearbeitet wurde.

Es wurde die Behauptung aufgestellt, die K.P.-Mitglieder in den Gewerkschaften wollen erstere ihrer Partei dienstbar machen. Gefordert wird von denselben, dass sie ihren Grundsätzen entsprechend in den Gewerkschaften wirken, von der Ueberzeugung ausgehend, dass diese den richtigen Kurs für den Klassenkampf angeben. Das ist unser Recht, das wir uns von niemand nehmen lassen. *Aber wie oft wurden die Kassen der Gewerkschaften von der sozialdemokratischen Partei bei Wahlen schon in Anspruch genommen!* Schreiber dieses hat das selber schon unterstützt und beantragt. Kann man das auch einer Gewerkschaftssektion gegen die K.P. vorwerfen? Wie oft wurde schon von *führenden Sozialdemokraten bei Wahlen der Versuch gemacht, gewerkschaftliche Kämpfe zu unterbinden*, um die Stimmen kleinbürgerlicher Elemente nicht zu verlieren? Ist das nicht die Gewerkschaften der Partei dienstbar gemacht? Oder hat man das alles schon vergessen?

Dass in den Fraktionen der K.P. schon Fehler gemacht worden sind, möchten wir nicht bestreiten. Solche zu vermeiden, ist zweifellos notwendig. Aber sind in den verschiedenen geheimen Zirkeln der herrschenden Richtung in der Gewerkschaftsbewegung noch keine Fehler gemacht worden? Oder will man bestreiten, dass solche schon abgehalten wurden bzw. bestanden? Man kann darüber streiten, ob es besser ist, die Fraktionen in aller Offenheit zu gründen oder ob es besser wäre, die Besprechungen nur in einem kleineren vertrauten Kreise abzuhalten. Das letztere wäre nichts Neues, denn *das ist in der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung in beiden Richtungen schon seit langer Zeit der Fall gewesen*. Das erstere ist aber zweifellos ehrlicher.

Die Entscheidung darüber, ob in einer Gewerkschaft oder einem Verbands die einen oder andern Bestrebungen Geltung haben sollen, steht den Mitgliedern zu. Die Minderheit, ob auf der einen oder andern Seite, hat sich zu fügen. Das erfordert die Disziplin, ohne welche eine Gewerkschaft zur Ohnmacht verurteilt ist. Aber Disziplin ist nicht gleichbedeutend mit Verzicht auf die Propaganda für die eigenen Bestrebungen. Disziplin heisst nicht, die eigenen Grundsätze verleugnen oder in der Opposition sich nicht über die Anwendung derselben verständigen. Disziplin ist aber nicht nur Aufgabe der Opposition und Mitglieder, sondern auch der Verbandsleitungen. Sie erfordert von diesen, dass sie dem Willensausdruck der Mitglieder keinen Zwang antun, dass sie denselben nicht durch Wahlkreisgeometrie oder eigenmächtige Bestimmung von Vertretern fälschen. Die Disziplin muss nicht nur im eigenen Verbands, sondern auch in der gewerkschaftlichen Landesorganisation herrschen. Und es ist eine Disziplinwidrigkeit oder Autokratie, wenn man erklärt: «Wenn es gegen unsern Willen geht, treten wir aus dem Gewerkschaftsbund aus», wie das von der Leitung des Metallarbeiter-Verbandes geschehen und von andern Verbandsleitungen beabsichtigt ist.

Disziplin erfordert für alle Mitglieder in einer Gewerkschaft *gleiche Rechte*, nicht Unterdrückung einer Opposition. Es ist kindlich lächerlich, zu glauben, durch Mittel, wie sie von der Leitung des Metallarbeiterverbandes angewendet wurden, eine Richtung in der Gewerkschaftsbewegung unterdrücken zu können. Das wird so wenig gelingen, als es der herrschenden Klasse gelingen wird, mittels der Lex Häberlin eine revolutionäre Bewegung unterdrücken zu können. Interessant ist es immerhin, dass die heute herrschende Richtung in Gewerkschaftsverbänden sich nicht scheut, zu ähnlichen Mitteln zu greifen wie die Verteidiger der bürgerlich-göttlichen Weltordnung.

Unsere Meinung.

Ohne uns im einzelnen in eine Diskussion über die Probleme der Wirtschaft einzulassen, wie sie sich im Verlaufe der gegenwärtigen Krise stellen — es ist darüber in vielen Aufsätzen auch in der «Rundschau» geschrieben worden —, gestatten wir uns einige Bemerkungen über die zur Diskussion stehende Frage.

Unsere Wege scheiden sich bei der Grundfrage. Wir betrachten die Gewerkschaften allerdings als Organisationen, deren Aufgabe es ist, die Existenzbedingungen der Arbeiter unter der Herrschaft des Kapitals zu verbessern. Diese Bestrebungen sollen sich jedoch in der Richtung unseres Programms, der Beseitigung der Klassenherrschaft und der Herbeiführung des Sozialismus bewegen. Fällt dieser oder jener Gegenwartszweck der Gewerkschaften dahin, so ist nicht einzusehen, warum nicht an ihre Stelle irgendeine sozialistische Partei treten könnte. Die Ausführungen des Genossen Weber, von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, lassen erkennen, dass es sich bei dem Streit um die Gewerkschaften darum handelt, diese ihren bisherigen Aufgaben zu entziehen und sie zu einem Kampfinstrument einer bestimmten politischen Partei umzuformen.

Der Klassenkampf, wie er bisher von den Gewerkschaften geführt wurde, hat allerdings eine politische Note; haben doch die Gewerkschaften bei allen ihren Aktionen das sozialistische Endziel vor Augen, und haben sie ihre Aktionen doch stets in Anlehnung an die Partei geführt, die die Verwirklichung des Sozialismus auf ihre Fahne geschrieben hat. Dessenungeachtet waren die Gewerkschaften bisher politisch unabhängig. Sie waren weder an Beschlüsse irgendwelcher Parteien gebunden, noch war die Mitgliedschaft von der Zugehörigkeit zu einer politischen Partei abhängig.

Ueber die mögliche Taktik bei Bewegungen irgendwelcher Art lässt sich streiten, doch nicht darüber, welche Aussichten einem Offensivkampf im Zeitalter einer Wirtschaftskrise wie der heutigen blühen.

Wenn Weber feststellt, dass das Kapital aus den aus dem Kriegselend gewonnenen Milliarden auf Kosten des Proletariats seine Profite zieht, so mag das schon stimmen; damit wäre aber der kommunistische Glaubenssatz erledigt, als wäre das Kapital am Ende seines Lateins. Wir sind auch der Meinung, dass in der gewerkschaftlichen Bewegung alle proletarischen Kräfte Platz finden sollen. Bisher wurde es auch so gehalten. Das bedingt aber eine loyale Meinungsfreiheit und Anerkennung der gewerkschaftlichen Grundsätze. Unsere Schuld ist es nicht, dass sich ein Teil der Parteimitglieder abgespalten hat und dass sich dieser Teil seiner numerischen Schwäche wegen und weil ihm der Heerbann fehlt, isoliert und vergewaltigt fühlte. Es ist eben doch Tatsache, dass der Grossteil der Arbeiter von dieser fragwürdigen «Neuorientierung», deren Vorteile noch in keinem Lande sichtbar wurden, nichts wissen will. Bei allen politischen Wahlen machte die neue Partei Fiasko. Das Gros der Arbeiter blieb der alten Parole treu, trotzdem es auch einige Gewerkschaftsorgane an «Aufklärung» nicht fehlen liessen.

Die Einwirkung der Verbandsleitungen im «revisionistischen» Sinne war bis zum Metallarbeiterkongress wirklich bescheiden. Noch auf dem letzten Gewerkschaftskongress hatten die Delegierten der Metallarbeiter volle Stimmfreiheit, wogegen «Einheitsfröntler» mit gebundenem Mandat aufrückten. Die gebundene Marschroute der Metallarbeiter ist nichts als eine Abwehrmassnahme gegen die Taktik der Opposition. Kam es doch vor, dass eine sozialdemokratisch orientierte Gewerkschaft einen Oppositionsmann zum letzten Kongress schickte mit dem Trost: «Er wird sich den «Gring» schon einschliessen.» Auf die Wahl der Delegierten zu den Verbandstagen haben die Zentralvorstände kaum Einfluss. Man könnte sonst etwa auch zu den gegen teiligen Schläüssen kommen wie Genosse Weber. Der letzte Verbandstag der Lederarbeiter hat mit grosser Mehrheit Anschluss an Moskau beschlossen. In der Urabstimmung ging der Antrag bachab. Die Typographen haben einen gegenteiligen Beschluss ihrer Generalversammlung mit gewaltiger Mehrheit sanktioniert.

Sobald den «Massen» die «verräterischen» Führer nicht mehr passen, können sie diese absetzen, und echte «Klassenkämpfer» an ihre Stelle setzen.

Heute ist leider die Einheit der politischen Arbeiterbewegung dahin. Dahin nicht wegen grundsätzlicher Differenzen im Endziel, sondern in der Taktik. So bedauerlich das ist, so muss es in der Folge doch jedem Gewerkschaftsmitglied unbenommen sein, sich zu der politischen Auffassung zu bekennen, von deren Richtigkeit es überzeugt ist. Ja, es kann ihm nicht verwehrt werden, bei Diskussionen über die Taktik in den Gewerkschaften seiner Auffassung Ausdruck zu geben.

Eine andere Frage ist es aber, ob es geduldet werden muss, die Gewerkschaften ihren programmatischen Aufgaben zu entziehen und sie in den Dienst einer politischen Partei zu stellen. Das letztere versuchen die Fraktionen, die in einzelnen Gewerkschaften, besonders im Metallarbeiterverband, gebildet wurden. Ueber die Stellung der Fraktionen geben die für die Metallarbeiter geltenden «grundsätzlichen Bestimmungen» Aufschluss, in denen es heisst: *«Die kommunistischen Fraktionen unterstehen in ihrer ganzen Tätigkeit den Parteiorganen. Diese haben jederzeit das Recht und die Pflicht, die Tätigkeit der Fraktion zu kontrollieren, bestimmte Anweisungen zu geben, Beschlüsse aufzuheben oder zu korrigieren, nötigenfalls Funktionäre abzuberufen und unter Umständen selbständig Fraktionsversammlungen einzuberufen. Jede Fraktion ist als Ganzes genau so streng an die Parteidisziplin gebunden wie jedes einzelne Parteimitglied.»*

Der Widerstand und die Abwehrmassnahmen der Verbände richten sich nicht gegen die Gesinnung, sondern dagegen, dass die Gewerkschaften zum Instrument einer politischen Partei gemacht werden sollen, die ihrerseits für die aus dieser Taktik erwachsenden Folgen nicht verantwortlich gemacht werden kann. Die sich Schlag auf Schlag folgenden Enthüllungen in Deutschland, die Misere in den am Boden liegenden Gewerkschaften in Frankreich und in den Balkanländern mahnen zum Aufsehen um so mehr, als die Umtriebe in der Schweiz zeigen, dass hier nach dem gleichen Schema gearbeitet wird. Es sind von den Fraktionen nicht nur Fehler gemacht worden, wie Genosse Weber zugibt — Fehler werden Gott sei Dank überall gemacht —, die Fraktionen untergraben die Solidarität durch den persönlichen Kampf, sie zersprengen die Gewerkschaften, weil sie zum Terror führen müssen, und sie vergiften den ganzen Inhalt unserer Kulturbewegung. Deshalb darf kein Verband solche Gebilde dulden. Das haben übrigens viele auf kommunistischem Boden stehende Gewerkschaften eingesehen. Man frage nach bei den Holzarbeitern, bei den Gemeinde- und Staatsarbeitern und beim Gewerkschaftskartell in Zürich.

Der Zweck der Fraktionen ist der grundsätzliche Kampf einer Parteirichtung in den Gewerkschaften gegen die andere. Meinungsverschiedenheiten unter den Mitgliedern über taktische Fragen können nicht mehr in freier Aussprache bereinigt werden. Ob ein Mitglied von der Richtigkeit einer Sache überzeugt ist oder nicht, die Parteizentrale entscheidet über das, was der Gewerkschaft frommt.

Die Erfahrungen des täglichen Lebens zeigen, dass die Opposition sehr wandelbar ist. Wer heute mit einer Massnahme einer Zentrale nicht einverstanden ist, kann morgen sehr wohl in der Lage sein, eine andere Massnahme dieser Zentrale gutzuheissen. Die Logik würde demnach erfordern, dass von Fall zu Fall eine Umgruppierung von Fraktionen stattfinden müsste. Die kommunistische Partei wäre wohl die letzte, einer solchen Ordnung der Dinge zuzustimmen. Sie ist aber auch praktisch unmöglich.

Genosse Weber unterstreicht, dass die Entscheidung über die einen oder die andern Bestrebungen in einem Verbandsmitgliedern zusteht. Sehr gut. Aber wer verlangt denn etwas anderes? Die Opposition! Diese hat sich im Metallarbeiterverband jahrelang über Kongressbeschlüsse hinweggesetzt. Wenn sie aber auch wollte, sie darf diese Kongressbeschlüsse nicht halten, sie darf keine Disziplin üben, wenn es die Leitung der kommunistischen Partei anders verlangt. Darüber geben doch die «Grundsätzlichen Bestimmungen» unzweideutig Auskunft.

Die Disziplinwidrigkeit beschränkte sich aber nicht auf die Fraktionen! Haben nicht unter Führung der Arbeiterunion Basel Konferenzen stattgefunden, die mit geltenden Statuten unvereinbar sind und gegen die sich der Gewerkschaftsausschuss unzweideutig ausgesprochen hat?

Die Disziplin erfordert für alle Mitglieder gleiche Rechte — wohl Genosse Weber — aber auch gleiche Pflichten.

Wenn sich die sogenannte Opposition vorbehaltlos auf diesen Boden stellt, werden wir schon zusammen auskommen. Dagegen muss jede Parteidiktatur in der Gewerkschaftsbewegung entschieden zurückgewiesen werden. Auf diesem Boden gibt es keine Kompromisse.

Karl Dürr.



Aus schweizerischen Verbänden.

Eisenbahner und Bundespersonal. Teuerungszulagen für den Monat Januar 1922. Laut Bundesratsbeschluss vom 29. Dezember 1921 werden die Teuerungszulagen auf Grund der folgenden Bestimmungen ausgerichtet:

1. Eine Grundzulage von 75 Prozent bis und mit Fr. 3600.— Gehalt oder Lohn und von da an sinkend um 1 Prozent auf je Fr. 300.— Gehalt oder einen Bruchteil davon bis auf ein Mindestmass von 50 Prozent des Gehalts. Mindestbetrag der auf das Jahr berechneten Grundzulage für Beamte, Angestellte und Arbeiter, die am 1. Januar 1922 das 25. Altersjahr zurückgelegt und wenigstens drei Jahre im Bundesdienst gestanden haben, Fr. 2200.—; für das übrige Personal Fr. 2000.—, Höchstbetrag Fr. 5000.—.

Gehalt und Grundzulage zusammen sollen nicht weniger ausmachen als die Summe des Höchstgehaltes und der Grundzulage der vorangehenden Stufe.

2. Eine auf das Jahr berechnete Ortszulage, die beträgt: Bei einer durchschnittlichen Gesamtausgabe für Wohnungsmiete und Erwerbssteuern von Fr. 1001.— bis 1200.— (Zulagenstufe I) 100 Fr., bei einer solchen von Fr. 1201.—1300 (Zulagenstufe II) Fr. 200.—, bei einer solchen von Fr. 1301.—1400 (Zulagenstufe III) Fr. 300.—,